

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/006(IV)/04			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 02.12.2004	Plenarsaal des Landtages	14:00Uhr	21:10Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 5.(IV). Sitzung vom 04.11.2004
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Anfragen an die Verwaltung

Teil 1 - 6.(IV) Sitzung am 02.12.2004 ab 14.00 Uhr

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 33. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages DS0819/04
BE: Oberbürgermeister
- 6.2 Neufassung der Abfallgebührensatzung DS0675/04
BE. Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3 Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0723/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
WV v. 04.11.04
- 6.4 Jahresabschluss 2003 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes DS0727/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.5 Neufassung der Straßenreinigungssatzung DS0743/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.6 2. Änderungssatzung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom DS0733/04
06. März 2003
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.7 Antrag auf überplanmäßige Ausgabe DS0776/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.8 Jahresabschluss 2003 der Zentrum für Neurowissenschaftliche DS0714/04
Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg
BE: Bürgermeister
- 6.9 Prüfbericht zur Jahresrechnung 2003 und Stellungnahme des DS0752/04
Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2003
BE: Bürgermeister
- 6.10 Wirtschaftsplan 2005 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe DS0769/04
Magdeburg
BE: Bürgermeister

- | | | |
|------|---|-----------|
| 6.11 | Zweitwohnungssteuersatzung
BE: Bürgermeister | DS0774/04 |
| 6.12 | Überplanmäßige Ausgaben für die Magdeburger Hafen GmbH (MHG)
BE: Bürgermeister | DS0810/04 |
| 6.13 | Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | DS0831/04 |
| 6.14 | Rahmenbedingungen zum 9.Sachsen-Anhalt-Tag in der Landeshauptstadt Magdeburg vom 1.-3.7.05
BE. Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | DS0799/04 |
| 6.15 | Sachsen-Anhalt-Tag 2005
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | DS0749/04 |
| 6.16 | Magdeburg 12hundert
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | DS0748/04 |
| 6.17 | Neufassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten im Bäderbereich
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | DS0757/04 |
| 6.18 | Wirtschaftsplan 2005 des Städtischen Klinikums Magdeburg
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit | DS0665/04 |
| 6.19 | Wirtschaftsplan 2005 des EB SSW
BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit | DS0719/04 |
| 6.20 | Anträge ÜPL in Höhe von 3.726.000 Euro im Deckungskreis Soziales
BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit | DS0803/04 |
| 6.21 | Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme "Rothensee" mit Stand vom 30.06.2004
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0640/04 |

- | | | |
|-------|--|-----------|
| 6.22 | Satzung - Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet Nr. 238-2 "Bahnhofstraße/Danzstraße"

BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0718/04 |
| 6.23 | Grundsatzbeschluss zum Ausbau der Berliner Chaussee zw. Jerichower Str. und der Ehlebrücke

BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0779/04 |
| 6.24 | Umbau und Sanierung Altes Rathaus
- Her- und Aufstellung der Rolandfigur

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
Einwohnerfragestunde | DS0728/04 |
| 7 | Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch. | |
| 8 | Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge | |
| 8.1 | Absicherung der Zahlung von Straßenausbaubeiträgen

CDU-Fraktion
WV v. 13.09.04 | A0119/04 |
| 8.1.1 | Absicherung der Zahlung von Straßenausbaubeiträgen | S0251/04 |
| 8.2 | Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften in die Haushaltsvorbereitung einbeziehen

PDS-Fraktion
WV v. 13.09.04 | A0135/04 |
| 8.2.1 | Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften in die Haushaltsvorbereitung einbeziehen | S0261/04 |
| 8.3 | Übernahme von Teilaufgaben der KGE GmbH
SPD-Fraktion | A0165/04 |
| 8.4 | Prüfung einer Anpassungsmaßnahme Alte Neustadt
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | A0170/04 |

8.5	Projekt "Lindwurm" Interfraktionell	A0171/04
8.6	Gegen Naziaufmarsch in Magdeburg PDS-Fraktion	A0176/04
8.7	Unterstützung der Demokratie und Bürgerrechte in der ukrainischen Hauptstadt Kiew Interfraktionell	A0174/04
9	Informationsvorlagen	
9.1	Kloster Unser Lieben Frauen - Sicherung Klosterkirche - Sachstand	I0299/04
9.2	Hartz IV - Steuerliche Behandlung der ARGE GmbH und der Stadt	I0329/04
9.3	Einführung von Jahrsbenutzungs- und Versäumnisgebühren in der Ausleihstelle Beyendorf/Sohlen ab Januar 2005	I0345/04
9.4	Bewerbungskonzept "Stadt der Wissenschaft 2006"	I0340/04
9.5	Information über die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln per 30.09.2004	I0325/04
9.6	Information über die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln per 31.10.2004	I0367/04
9.7	Teilnahme am Wettbewerb des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmannstiftung "Erfolgreiche Integration ist kein Zufall, Strategien kommunaler Integrationspolitik"	I0375/04

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|--|---|-----------|
| 10 | Beschlussfassung durch den Stadtrat | |
| 10.1 | Ehrung entsprechend Ehrenbürgersatzung
BE: Oberbürgermeister | DS0734/04 |
| 11 | Informationsvorlagen | |
| 11.1 | Sachstand Wirtschaftsförderung | I0334/04 |
| Teil 2 - 7.(IV) Sitzung am 06.12.2004 ab 16.00 Uhr | | |
| 12.1 | Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2008
BE: Bürgermeister | DS0768/04 |
| 12.2 | Haushaltsplan 2005
- Haushaltssatzung 2005
- Finanzplan bis 2008
- Stellenplan 2005
BE: Bürgermeister | DS0639/04 |

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
-

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer eröffnet die 6. (IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	43	“	“
maximal anwesend	54	“	“
entschuldigt	3	“	“

2. Bestätigung der Tagesordnung
-

1. Erweiterung der TO

in öffentlicher Sitzung

Anträge von Fraktionen

A0176/04 – PDS-Fraktion
Gegen Naziaufmarsch in Magdeburg

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 8.6**

A0174/04 – Interfraktionell
Unterstützung der Demokratie und Bürgerrechte
in der ukrainischen Hauptstadt Kiew

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 8.7**

2. Informationen

Als TOP 9.7 liegt die Information I0387/04 vor.

3. Hinweise

Die Information I0367/04 – TOP 9.5 wurde versehentlich rot gedruckt.

Der Änderungsantrag DS0748/04/2 – TOP 6.16 ist ein interfraktioneller.

Der Antrag des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion, die Haushaltsberatung 2005 auf den 13. Januar 2005 zu vertagen, wird vom Oberbürgermeister Dr. Trümper nicht mitgetragen.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg wird der TOP 6.13 – DS0831/04 im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung 2005 behandelt.

Der TOP 6.21 – DS0640/04 wird im Zusammenhang mit dem TOP 8.3 - A0165/04 beraten.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen **beschlossen**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 5.(IV). Sitzung vom 04.11.2004

Redaktionelle Änderung der Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Auf der Seite 37 ist unter TOP 8.1 der Absatz wie folgt zu formulieren:

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stadtrat Westphal, stellt fest, dass zum Antrag A0053/04 bereits in der Stadtratssitzung am 09.09.04 auf Anregung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky eine Grundsatzentscheidung zu Inhalt und zum Verfahren getroffen wurde. Diese Entscheidung ist Grundlage für die gemeinsam mit der AG „Straßennamen“ zu erarbeitende Drucksache. Eine erneute Beschlussfassung in der heutigen Stadtratssitzung ist deshalb nicht notwendig.

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 27 muss es unter TOP 6.9 im 1. Absatz richtig heißen:

Die Stadträte Seifert und Reppin, CDU-Fraktion und Stadtrat Schmicker, PDS-Fraktion, erklären gemäß

Das geänderte Beschlussprotokoll der 5. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 04.11.04 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Anfragen an die Verwaltung
-

5.1 Schriftliche Anfrage (F0221/04) des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion

Aufhebung der Sperrung Bäckerstieg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

an der Halberstädter Chaussee in Ottersleben entsteht derzeit zwischen dem Wohngebiet "Am Bäckerstieg" und dem Weg, der seit vielen Jahrzehnten im Volksmund den Namen "Bäckerstieg" trägt und dem besagtes Wohngebiet seinen Straßennamen verdankt, offensichtlich ein kleines Baugebiet bzw. werden Flächen für Bebauung vorbereitet. Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen wurde der "Bäckerstieg" für die Bevölkerung überraschend abgesperrt. Der "Bäckerstieg" ist aber eine seit mehr als 100 Jahren fußläufig zu nutzende Verbindung zwischen Amtsgartenstraße und Halberstädter Chaussee. Auch wenn nur schlecht befestigt, wird er gerade von älteren Mitbürgern als kürzeste Verbindung zur Halberstädter Chaussee und damit zum Bus bzw. zu Nahversorgungseinrichtungen intensiv genutzt. Der Wegfall dieser Wegebeziehung bedeutet eine erhebliche Verlängerung von Wegstrecken. Aus Sicht betroffener und interessierter Ottersleber ist sowohl aus genannten Gründen als auch aus historischer Sicht ein dauerhafter Wegfall dieses Weges nicht akzeptabel.

Ich habe deshalb folgende Fragen:

1. Welche Baumaßnahmen sind dort vorgesehen?
2. Wieso wurde der "Bäckerstieg" gesperrt?
3. Wann wird der "Bäckerstieg" wieder geöffnet?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung diesbezüglich während der Bauphase?

5. Wieso wurden weder die betroffene Bevölkerung noch der Bürgerverein "Bürger für Ottersleben (BfO)" e.V., dem ja über einen Vertrag mit der Stadt besondere Rechte eingeräumt wurden, nicht über die geplanten Maßnahmen informiert?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Das ist nie ein offizieller öffentlicher Weg gewesen. Er ist Eigentum einer Privatperson, die diese Fläche verkauft hat. Auf der Fläche werden gegenwärtig 5 Baugrundstücke vorbereitet. Es gibt eine Bauvoranfrage dafür. Wir werden versuchen, den Hinweis aufzugreifen und auf Wohnheitsrecht zu plädieren, damit er zumindest in seiner Bebauung den Weg zulässt. Ob uns das gelingt, kann ich nicht garantieren. Ich halte Sie auf dem Laufenden.

Schriftliche Anfrage (F0240/04) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Flugplatz Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie ist der derzeitige Sachstand zum „Flughafenkonzept“ Magdeburgs? Gibt es bereits genaue Vorstellungen von städtischer Seite, wie der Flughafen Cochstedt in ein Konzept eingebunden werden soll? Ist das Land Sachsen-Anhalt bereits mit Planungsvorstellungen und Handlungsszenarien an die Landeshauptstadt Magdeburg herangetreten? Welche Auswirkungen hat die DHL-Ansiedlung am Flughafen Leipzig / Halle wirtschafts-, arbeitsmarkt- und flughafenpolitisch auf die Stadt Magdeburg und wie gedenkt die Stadt diesen Ansiedlungsprozess fördernd zu begleiten?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Sie wissen, dass wir gemeinsam beschlossen haben, die Stadtverwaltung zu beauftragen, zum weiteren Umgang mit dem Flugplatz dem Stadtrat bis März eine Drucksache vorzulegen. Daran arbeiten wir. Wir haben gestern entschieden, dass wir einen externen Berater beauftragen, die Firma Kienbaum, alle Varianten der Drucksache zu bewerten. Selbst Herr Minister Rehberger war bei mir. Ich erhielt ein Papier, einen Vertrag sozusagen, dass wir als Stadt in eine Flughafenbetreibergesellschaft Magdeburg-Cochstedt aus Landessicht eintreten mögen mit einer Begrenzung des Zuschusses aus Sicht der Stadt von 250.000 Euro. Das Land hat weiter verkündet, 80 % will die GSA zunächst halten, aber das Land ist auf der Suche nach einem privaten Investor. Ich habe gesagt, dass erst im März 2005 der Stadtrat entscheiden muss. Vorher kann ich noch keine Aussagen treffen. Der Dienstleistungsvertrag kann zwischen der Flughafen GmbH und der GSA geschlossen werden, sodass zunächst die Stadt Magdeburg die Bereitschaft

erklärt hat, dafür zu sorgen, dass der Flugplatz Cochstedt den Flugbetrieb wieder aufnehmen kann. Wann das eintreten wird, weiß ich nicht. Wir haben vertraglich verabredet, dass das gemacht werden kann. Wenn die mögliche Beteiligung vorliegt, dann werde ich, bevor wir im Stadtrat darüber reden, das dem Rechnungshof zur Begutachtung zuleiten, der beurteilt, ob das korrekt ist.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.3 Schriftliche Anfrage (F0229/04) des Stadtrates Herbst, Fraktion Bü 90/Grüne:

Kundgebung von Neonazis

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der selbsternannte, sogenannte "Nationale Widerstand" plant, den 60. Jahrestag des Luftangriffes auf Magdeburg für eine deutschlandweite, widerwärtige und zugleich groteske Veranstaltung zu missbrauchen. Geplant ist nicht nur eine "herkömmliche" Neonazi-Demo. Magdeburg soll statt dessen Ausgangspunkt für eine ganze Reihe von heuchlerischen "Trauer- und Gedenkmärschen" der aktiven Neonazi-Szene in ganz Deutschland sein, die ein konkretes Ziel verfolgt: Die Verdrehung der Geschichte mit allen Mitteln der

Verfälschung, Lüge und Propaganda. Dabei sind diejenigen die hier angeblich "trauern und gedenken" wollen, die geistigen Nachfahren derer, die Deutschland und mit ihm weite Teile Europas ins größte Unglück der Menschheitsgeschichte gestürzt hat. Nie wieder Nationalsozialismus und Krieg müssen wir den braunen Kolonnen und ihrer menschenfeindlichen, gewaltverherrlichenden Ideologie am 15. Januar 2005 geschlossen entgegensetzen. Ein angewidertes Abwenden reicht nicht aus. Der 16. Januar 2005, der dem Gedenken an die zehntausenden Opfer in Magdeburg und die Millionen Toten in aller Welt gehört, darf nicht denen überlassen werden, die den größten Verbrecher und Verursacher des II. Weltkrieges als ihr Idol verehren.

1. Hat die Landeshauptstadt Magdeburg einen Verbotsantrag für o.g. Veranstaltung gestellt oder wird sie diesen noch stellen ?
2. Welche geeigneten Maßnahmen gedenkt der Oberbürgermeister dem Stadtrat vorzuschlagen, um einer solchen Veranstaltung und den damit zu erwartenden volksverhetzenden Inhalten entgegenzuwirken ?
3. In welcher Art und Weise unterstützt die Stadtverwaltung das "Bündnis gegen Rechts" bei der Vorbereitung und Durchführung von diesbezüglichen Maßnahmen ?
4. Welche Marschroute nimmt der Demonstrationzug der Neonazis durch die Stadt ?
5. Bestehen Kontakte zu anderen Städten, in denen ähnliche Aktionen geplant sind ?

Um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Antworten wird gebeten !

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Ich würde anregen, dass wir eine Ausschusssitzung noch im Dezember nutzen, um über dieses Thema ausführlich zu sprechen. Zum Verbotsantrag: Wir stehen im Kontakt mit dem Bündnis gegen Rechts. Es wurde von uns aus dort ganz deutlich gesagt, die Landeshauptstadt ist nicht Versammlungsbehörde, Versammlungsbehörde ist die Polizeidirektion. Die Polizeidirektion prüft und hat dann die geeigneten Maßnahmen, sprich Auflagen oder ggf. ein Verbot einer solchen Veranstaltung zu veranlassen. Es gibt eine Ausnahme unter den kreisfreien Städten, das ist die Stadt Dessau, sie ist Versammlungsbehörde. Der Oberbürgermeister hat, es liegt auch die Durchschrift des OB-Schreibens vor, die Polizeipräsidentin angeschrieben und sie gebeten, wirklich alle erdenklichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der angemeldeten Demonstration zu prüfen, bis hin zu Möglichkeiten ein Verbot zu erwägen. Ob das dann vor den Gerichten Bestand hat, ist eine andere Frage.

Zur Frage 2: Im Zusammenhang mit diesem Schreiben haben wir die Auszüge aus den Internetseiten auch der Polizeipräsidentin zur Verfügung gestellt und wir erwarten eine entsprechende Berücksichtigung im Rahmen der Prüfung der angemeldeten Demonstration bzw. der Einleitung entsprechender polizeilicher Schritte.

Den dritten Punkt habe ich schon kurz angerissen. Die Stadt ist im Bündnis gegen Rechts vertreten. Es gibt aber im Bündnis gegen Rechts eine ganze Reihe von Gruppen, das geht von Kirchen bis zu Antifa- bzw. autonomen Gruppen, die teilweise sehr unterschiedliche Vorstellungen dazu haben, wie ein solcher Protest organisiert werden kann. Mein persönlicher Eindruck ist der, dass man diese Ideen und Vorschläge, die es da gibt, schwerlich unter einen Hut bringen kann. Es wird sehr unterschiedliche Veranstaltungen an diesem Tage geben. Sie wissen, es sind auch Gegendemonstrationen angemeldet. Die Stadt wird sich an diesen ausdrücklich nicht beteiligen. Die Stadt will die Magdeburger vor allem dazu aufrufen, den 16.01. als den Jahrestag des Gedenkens würdig zu begehen und will auch darauf hinweisen, dass eine deutliche Positionierung an diesem Tage auch eine klare Antwort auf das sein soll, was am Vortage durch die Rechten geschehen ist. Wir sind derzeit im Gespräch, eine symbolische Kehrfegeaktion vor dem Dom durchzuführen im Zusammenhang mit den im Dom angedachten Veranstaltungen, zum Zeitpunkt des Aufzuges der Rechten. Da sind die Details noch zu besprechen.

Zum Demonstrationzug der Nazis möchte ich hier in der Öffentlichkeit nichts bekanntgeben. Im kleineren Kreis kann man den aktuellen Erkenntnisstand nochmals austauschen.

Wir und die Polizei sind mit anderen Städten, insbesondere auch mit Leipzig in regelmäßigem Kontakt zum Erfahrungsaustausch, um die geeigneten Maßnahmen einleiten zu können.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Ich will zu dem Thema eine Ergänzung machen. Es gibt zu einem Punkt unterschiedliche Auffassungen. Ich will meine Position nochmals deutlich machen. Und zwar immer wieder die gestellte Frage, ob man an dem Tag und zu dem Zeitpunkt der rechten Demonstration eine Gegendemonstration machen sollte. Ich habe die Auffassung: Nein. Ich rufe dazu auch nicht auf. Ich rufe dazu auf, dass wir am 16.01. und wirklich mit Massen, auf dem Westfriedhof sind. Falls jemand von der rechten Szene auftauchen sollte, muss der auf jeden Fall in der Minderheit sein. Wenn das alles hier öffentlich ausgetragen wird, können die darüber nachdenken, ob sie ihren Termin evtl. verlegen könnten. Darum ist es nicht besonders hilfreich, was wir hier machen. Es findet statt. Ich habe versucht, es zu verhindern, es wird nicht akzeptiert. Ich rufe zum 16.01.2005 auf den Westfriedhof auf. Am 15. 01. müsste kein Mensch in der Stadt zu sehen sein, wenn sie aufmarschieren und dann kehren wir den Dreck weg. Ich habe einmal persönlich einen

Gegenaufmarsch mitgemacht. Ich habe keinen Bedarf, die Verantwortung dafür auf mich zu nehmen.

5.5 Mündliche Anfrage des Ortsbürgermeisters Herrn Kräuter von Randau/Calenberge

Ich habe einige Anfragen an das Ordnungsamt, und zwar über bestimmte Vorgehensweisen. Reicht eine Denunzierung oder eine anonyme Anzeige aus, um einen Großeinsatz auszulösen? Wenn nicht, wer recherchiert bei Anzeigen und löst dann diesen Großeinsatz aus. Wie wird es dann gehandhabt, wenn dieser Großeinsatz verpufft? Das heißt, Hubschrauber, Hausdurchsuchungsbefehl, Polizei, Stadtwerke sind im Einsatz. Es kommt nichts dabei heraus. Wer trägt die Kosten dieses Einsatzes?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Wir haben weder Hubschrauber, noch ist der Stadtordnungsdienst befugt, Hausdurchsuchungen u. ä. durchzuführen. Das bleibt natürlich der Polizei vorbehalten. Insofern ist für mich im Moment etwas rätselhaft, was Sie wollen. Ich nehme Ihre Anfrage mit in die regelmäßig stattfindenden Besprechungen mit der Polizeidirektion. Nicht alles, was die Polizei und die Staatsanwaltschaft in der Landeshauptstadt tun, hat meine Kenntnis. Wenn Sie sagen, die Staatsanwaltschaft war hier aktiv, dann sind es strafrechtliche Ermittlungsverfahren, in die wir nicht eingebunden sind.

5.6 Schriftliche Anfrage (F0220/04) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne:

Erreichbarkeit Dezernat III

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor einigen Tagen hegte ich die Absicht, ein Fax an unser Dezernat III, Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, und dessen Chef, Herrn Dr. Puchta zu richten. Einschlägige interne Schreiben oder Telefonbücher der Verwaltung waren mir nicht zur Hand, wohl aber „Das Telefonbuch. Alles in einem. 2004/2005“.

Erlauben Sie bitte die Anfrage:

Wo in diesem absolut aktuellen Telefonbuch finde ich die Einwahl zu den Dezernaten, in welchem am laufenden Band (so doch unser gemeinsamer Wunsch) potente Investoren und natürlich wirtschaftlich interessierte Bürger unserer Stadt anrufen sollten, wenn sie Arbeitsplätze schaffen und erhalten wollten ?

Dann gibt es noch des Telefonbuch für Magdeburg allein, „Das Örtliche 2004/2005“. Ich habe den einzigen Eintrag eines Hinweises auf das Dezernat als Telefonnummer gefunden.

Erlauben Sie bitte die Anfrage: Finden Sie den Hinweis auch ?

Halten Sie die Informationen bezüglich eines unserer wichtigsten Dezernate insgesamt für sehr gut, gut, hinreichend oder mangelhaft ?

Ihre Antwort mit Spannung erwartend, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Ich habe die beiden Telefonbücher mitgebracht. In den Telefonbüchern von 2004 und 2005 haben wir unter Bürgerservice eine ausführliche Darstellung der Behörden und Ämter und dort steht auch das Dezernat. Was nicht optimal ist, da gebe ich Ihnen Recht, das werden wir in den künftigen Ausgaben auch abstellen, hinten unter „Stadtverwaltung“ da finde ich ihn auch nicht und auch jede Menge andere Eintragungen, wo ich mich frage, ob die dort stehen müssen. Das müssen wir ändern.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.7 Schriftliche Anfrage (F0234/04) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bü 90/Grüne:

Parkhaus Kita Telekom

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In der III. Legislaturperiode beschloss der Stadtrat mehrheitlich die Übertragung eines Grundstückes an die Parkraum GmbH zur Errichtung eines Parkhauses an der ehemaligen Kita Telekom. Dieser Beschluss sollte vor allem der Unterstützung von Händlern und städtischen Einrichtungen (wie z.B. Theater, Bibliothek etc.) im Nordabschnitt Breiter Weg dienen, die die Parkplatznot in diesem Bereich erheblich zu spüren bekommen.

Wir fragen deshalb an:

1. Wieweit ist der Stand der Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung eines Parkhauses an der ehemaligen Telekom Kita ?
2. Kann, nach Lage der Dinge, möglicherweise davon ausgegangen werden, dass sich dieser Beschluss, auch angesichts der finanziellen Lage der Stadt, erledigt hat ?
3. Ist angedacht, das beschlossene Parkhausprojekt in die Neuanlage eines Parkplatzes umzuwandeln, um damit die dortigen Händler langfristig zu unterstützen ?

Wir bitten um mündliche und ggf. ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Ein Parkhaus ist nicht mehr geplant, da die Förderung durch das Land in unzureichendem Umfang erfolgen würde und die Komplementärmittel nicht ausreichen. Im Moment wird versucht, das Grundstück rückabzuwickeln. Dazu wird es eine Vorlage geben. Die Errichtung eines ebenerdigen Parkplatzes bis zu einer anderen Nutzung ist möglich. Das wird auch von uns angedacht, muss allerdings entsprechend im Haushalt eingestellt werden. Durch die Einrichtung eines Parkscheinautomaten an der Großen Steinernentischstraße haben wir auch für die Händler eine befriedigende Situation geschaffen. Durch diesen kurzzeitigen Umschlag, dass dort nicht mehr dauernd geparkt wird, ist dort auch günstig ein Parkplatz zu finden. Die WOBAU hat in der Parallelstraße zum Breiten Weg gegenwärtig auch Einstellplätze ergänzend errichtet, sodass sich dort die Sache etwas entspannt hat.

5.8 Schriftliche Anfrage (F0225/049 des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion)

Werbekooperation Magdeburg Zoo

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Firma Ferrero hat mit ihrem Produkt Happy Hippo Crokis eine Werbekampagne gestartet, bei der sich auf jeder Packung dieses Produkts ein Coupon für ermäßigten Eintritt in einen von 17 Zoos in ganz Deutschland befindet.

Dabei steht zu erwarten, dass sich daraus positive Effekte sowohl für den Hersteller, als auch für die teilnehmenden Zoos ergeben.

Daraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Warum nimmt der Magdeburger Zoo nicht an dieser Aktion teil?
2. Wie wird die Werbewirksamkeit solcher Kampagnen für die Magdeburger Zoo eingeschätzt?
3. Ist der Magdeburger Zoo bestrebt, zukünftig bei derartigen Aktionen mitzuwirken?

Neben einer kurzen mündlichen bitte ich um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Der Zoo bekommt des öfteren Angebote, sich an solchen Aktionen zu beteiligen. Dabei ist immer zu berücksichtigen, ob solche Aktionen zu unserem Zoo auch tatsächlich passen. Diese

Happy Hippo Crokis haben einen direkten Bezug zur Familie der Flusspferde, die in Afrika zu Hause sind. Bedauerlicherweise hält der Zoo Magdeburg seit geraumer Zeit keine Flusspferde mehr. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, eine Werbekampagne mit einem Flusspferd zu begleiten, wenn der Zoo keine leiblichen Vertreter hält. Diese Erwartung hätten die Besucher mit diesen Cupons gehabt und die Enttäuschung wäre sicherlich groß gewesen. Die Zoologischen Gärten die ebenfalls von der Firma Ferrero angeschrieben worden sind, halten Flusspferde und haben sich nach unserem Kenntnisstand an dieser Kampagne auch beteiligt. Auf Nachfrage bei der Firma wurde davon ausgegangen, dass wir seitens der Firma noch Flusspferde in unserem Tierbestand pflegen und damit die Anfrage zur Teilnahme an dieser Kampagne als Irrläufer zu bezeichnen war. Wir haben allerdings auch mit der Firma Rama so etwas durchgeführt und 5.000 Euro Gewinn gemacht in diesem Cuponfall.

5.9 Schriftliche Anfrage (F0244/04) des Stadtrates Zimmer, PDS-Fraktion

Entwicklung des Stadtteiles Reform

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Bürgerinitiative „Alt und Jung für Reform“ und Bürger haben bei mir angefragt, wie die weitere Entwicklung des Stadtteiles Neu - Reform geplant ist.

Da die unterschiedlichsten Gerüchte über die städtebauliche Entwicklung umgehen, herrscht in der Bevölkerung große Verunsicherung. Auch Wegzuggedanken werden geäußert. Ich bitte Sie deshalb, die folgenden Fragen zu beantworten:

- Gibt es ein aktuelles Stadtteilentwicklungskonzept?
- Wenn ja, ist diese Konzeption mit den Wohnungseigentümern abgestimmt?
- Sind Fördermittel beantragt, z.B. für Aufwertungsmaßnahmen oder aus „Soziale Stadt“?
- Wenn ja, wofür sollen sie konkret eingesetzt werden?
- Ist die Einführung eines Stadtteilmanager geplant?
- Wenn ja, ab wann und wie erfolgt die Finanzierung?
- Ist eine Bürgerversammlung geplant zur Erläuterung der o.g. Fragen?
- Wenn ja, wann?

Ich bitte um eine kurze mündliche und wenn möglich kurzfristige schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

5.10 Schriftliche Anfrage (F0247/04) des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion

Ausschilderung der Median Klinik NRZ Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die Ausschilderung der Median Klinik NRZ Magdeburg in der Gustav-Ricker-Straße muss als unzureichend kritisiert werden.

So kommt es vor, dass Zulieferer und vor allem Angehörige von Patienten auf Grund der mangelhaften Wegekennzeichnung vor nicht unerhebliche Probleme bei der Anfahrt zu dieser medizinischen Einrichtung gestellt werden.

Im Rahmen der Clusters Gesundheitswirtschaft kommt dieser hochspezialisierten Klinik auch eine wichtige wirtschaftspolitische Bedeutung zu.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Ist der Verwaltung der aktuelle unbefriedigende Zustand bekannt?
2. Welche Maßnahmen können durch die Stadtverwaltung ergriffen werden, um den vorhandenen Mängeln schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

Das Problem ist bekannt. Wir sind in enger Abstimmung mit der Klinik selbst. Wir wissen, dass das problematisch ist. Insbesondere geht es nicht nur um die Zulieferung, sondern auch um die Besucher. Das ist ein grundsätzliches Problem, wenn einzelne an Gewerbegebieten gelegene Unternehmen mit ausgeschildert werden wollen. Hier versuchen wir, eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten gerecht wird. Es geht darum, dass Besucher der Mediaklinik schon vom Magdeburger Ring hingeleitet werden können. Es steht die Frage, was kann man auf die Beschilderung bringen. Es gibt andere Unternehmen, die ähnliche Ansprüche haben.

5.11 Schriftliche Anfrage (F0231/04) des Stadtrates Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion:

Bürgersprechstunden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte um Beantwortung folgender Frage:

Wie viele Bürgerinnen und Bürger haben in der neuen Legislaturperiode bisher von der Möglichkeit der Bürgersprechstunden Gebrauch gemacht?

Bitte differenzieren Sie nach Stadtrat und den einzelnen Ausschüssen.

Ich bitte um eine kurze mündliche und schriftliche Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Die Frage, die Sie eben gestellt haben, will ich mündlich beantworten. Bürgeranfragen im Stadtrat finden immer um 17:00 Uhr statt. Das Ergebnis steht immer im Protokoll. Sonst kenne ich keine Anfragen an den Stadtrat. Fragen, die in den Ausschüssen gestellt werden, kenne ich nicht.

5.12 Schriftliche Anfrage (F0230/04) des Stadtrates Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion:

Menschen mit Behinderungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Barrierefreiheit, Teilhabe und Rehabilitation für Menschen mit Behinderung sind gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Behinderte und chronisch kranke Menschen brauchen deshalb Regelungen und wertrechtliche Zusagen in Kommunen zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens und gleichberechtigter Teilhabemöglichkeiten. Sie benötigen bei aller Selbstbestimmtheit Rückenstärkung und Unterstützung beim Schutz vor Ausgrenzung und Meisterung ihrer durch körperliche, geistige oder seelische Beeinträchtigungen und gesellschaftlichen Strukturen hervorgerufenen Probleme im Alltagsleben, damit sie nicht als die oft schon am schwersten Betroffenen Opfer eines radikalen Sozialabbaus und von finanziellen Kürzungen und Streichungen werden.

Nicht nur, aber besonders anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember frage ich Sie:

Was können und wollen Sie – aufbauend auf gute Ansätze in Magdeburg besonders durch die engagierte Arbeit des Behindertenbeauftragten - gemeinsam mit Verbänden, Organisationen und Interessenvertretungen behinderter Menschen in der Landeshauptstadt und Einfluss nehmend auf die Bundes- Landespolitik tun um:

1. die Gestaltung eines barrierefreien Lebensumfeldes für alle Menschen und speziell von Menschen mit Behinderungen entsprechend der Erklärung von Barcelona. behindertengerechte Umgestaltung der Stadt und besonders des öffentlichen Nahverkehrs weiterhin zu verbessern? Könnten Sie sich in dem Zusammenhang vorstellen, eine Initiative „Magdeburg – barrierefreie Landeshauptstadt“ auszulösen bzw. zu unterstützen?
2. ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen von behinderten und chronisch kranken Menschen in der eigenen häuslichen Umgebung bzw. in einem ausreichend finanziell unterstützten betreuten Wohnen (Betreuungsschlüssel) auch unter Nutzung einer bedarfsgerechten persönlichen Assistenz zu ermöglichen? Dabei sollte das persönliche Budget den wirklichen Hilfebedarf abdecken und darf nicht zu einem Sparmodell werden.
3. soziale Gerechtigkeit und Ausgewogenheit beim Zugang zu medizinischen Leistungen, Heil- und Hilfsmitteln für chronisch kranke und behinderte Menschen ohne zusätzliche finanzielle, bürokratische und bauliche sowie kommunikative Barrieren zu ermöglichen bzw. unterstützen?

4. Menschen mit Behinderungen (auch MitarbeiterInnen der Werkstätten für behinderte Menschen) Unterstützung und Hilfe bei der beruflichen Eingliederung in den 1. bzw. 2. Arbeitsmarkt zu geben und für sie Möglichkeiten einer existenzsichernden und dauerhaften Arbeit zu schaffen.
5. eine selbstbestimmte freie Wahl der geeigneten Schulform für alle behinderten Kinder und Jugendlichen bei vorrangiger Förderung eines gemeinsamen integrativen Unterrichts mit nicht behinderten SchülerInnen zu unterstützen?
6. noch spürbarer materielle, finanzielle und ideelle Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Vereinen und Selbsthilfegruppen zu ermöglichen?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Der Behindertenbeauftragte hat angekündigt, dass er eine Prioritätenliste erarbeiten wird, die im nächsten Jahr im Stadtrat eingebracht wird. Dann muss der Stadtrat entscheiden, inwieweit diese Projekte im Rahmen der Investitionsprioritäten Berücksichtigung finden können. Das, was in die Zuständigkeit der MVB fällt, muss dort im Rahmen des Budgets entschieden werden. Es gibt eine Reihe von positiven Entwicklungen im Bereich der Investitionen. Es muss bei jeder Investition Rücksicht darauf genommen werden, dass Barrierefreiheit hergestellt wird.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zur vorliegenden Anfrage F0249/04 des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Ich will aus der Geschäftsordnung zitieren, § 8 Abs. 2: Kann eine Anfrage nicht sofort beantwortet werden, so kann die Stadträtin oder der Stadtrat verlangen, dass die Anfrage in der darauffolgenden Sitzung mündlich beantwortet wird. Anderenfalls ist spätestens binnen eines Monats schriftlich Bescheid zu erteilen. Das ist unsere Geschäftsordnung.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1. 33. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages DS0819/04
 BE: Oberbürgermeister

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke zieht seine Namensmeldung zur Teilnahme an der 33. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages zurück.

Aufgrund von unterschiedlichen Auffassungen zum vorgeschlagenen Abstimmungsverfahren wird durch den Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Balzer der TOP 6.1 – DS0819/04 bis nach der Pause **zurückgestellt**.

Die Beratung zum TOP 6.1 – Drucksache DS0819/04 wird nach der Pause fortgesetzt.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Balzer schlägt vor, eine alternative Abstimmung vorzunehmen.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz hält den Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Balzer mit Hinweis auf die Gemeindeordnung des LSA für einen rechtssicheren Weg.

Folgende Namensvorschläge für 2 Abgeordnete mit Stimmrecht zur 33. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages liegen vor:

Stadtrat Balzer	-	SPD-Fraktion
Stadtrat Brüning	-	PDS-Fraktion
Stadtrat Heint	-	CDU-Fraktion

Es erfolgt die alternative Abstimmung, wobei folgende Stimmen auf die Kandidaten entfielen:

Stadtrat Balzer	-	SPD-Fraktion	33 Stimmen
Stadtrat Brüning	-	PDS-Fraktion	16 Stimmen
Stadtrat Heint	-	CDU-Fraktion	21 Stimmen

Der Stadtrat **beschließt**:

Beschluss-Nr. 238-6(IV)04

Der Stadtrat entsendet auf Vorschlag der Fraktionen

die Stadträte Balzer, SPD-Fraktion und Heintl, CDU-Fraktion für den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg mit Stimmrecht

zur 33. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 31.Mai bis 02. Juni 2005 in Berlin.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 239-6(IV)04

Auf Vorschlag der Fraktionen werden als Gäste ohne Stimmrecht

die Stadträte Salzborn, CDU-Fraktion, Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz und Herr Geske, Fraktionsgeschäftsführer BfM/Tierschutz zur 33. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages entsendet.

6.2. Neufassung der Abfallgebührensatzung DS0675/04
BE. Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung

Der BA SAB und der Ausschuss KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 240-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Abfallgebührensatzung gemäß beiliegender Anlage.

6.3. Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung DS0723/04
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung
WV v. 04.11.04

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0723/04/1.

Gemäß Änderungsantrag DS0723/04/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Im Artikel 1, Absatz 4, Ziffer 1 werden die Worte „und Bedenken“ gestrichen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0723/04/1 des Ausschusses StBV mit 40 Ja-, 0 Neinstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 241-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Dritte Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 18. September 2001 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 109 vom 18. September 2001), zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 12.09.2002 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg 89/02 vom 29.10.2002) gemäß beiliegender Anlage.

6.4.	Jahresabschluss 2003 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0727/04
------	--	-----------

Der BA SAB und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 242-6(IV)04

- | | | |
|-------|--|-------------------|
| 1. | Der Jahresabschluss 2003 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes auf den 31. Dezember 2003 wird wie folgt festgestellt: | |
| 1.1 | Bilanzsumme | 59.407.242,16 EUR |
| 1.1.1 | davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| | - das Anlagevermögen | 30.409.859,95 EUR |
| | - das Umlaufvermögen | 28.806.868,99 EUR |
| 1.1.2 | davon entfallen auf der Passivseite auf | |
| | - das Eigenkapital | 19.806.149,20 EUR |

davon		
Stammkapital	5.112.918,00 EUR	
Allgemeine Rücklage	6.250.787,83 EUR	
Zweckgebundene Rücklage	4.273.893,98 EUR	
Verlustvortrag	1.697.385,62 EUR	
Jahresgewinn	5.865.935,01 EUR	
- die empfangenen Ertragszuschüsse		0,00 EUR
- die Rückstellungen	34.367.573,77 EUR	
- die Verbindlichkeiten	5.233.519,19 EUR	
1.2 Jahresgewinn	5.865.935,01 EUR	
1.2.1 Summe Erträge	31.592.903,65 EUR	
1.2.2 Summe Aufwendungen	25.726.968,64 EUR	
2. Verwendung des Jahresgewinns		
Der Jahresgewinn von 5.865.935,01 EUR wird wie folgt verwendet:		
a)	zur Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage i. H. v. 4.266.864,74 EUR	
b)	zur Zuführung in die allgemeine Rücklage i. H. v. 4.923.793,04 EUR	
c)	zum Vortrag auf neue Rechnung i. H. v. 5.209.006,71 EUR	
3.	Dem Betriebsleiter, Herrn Konrad Schwenke, wird gemäß § 18 Eigenbetriebsgesetz die Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2003 erteilt.	

6.5. Neufassung der Straßenreinigungssatzung DS0743/04
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
 Verwaltung

Der BA SAB und der Ausschuss KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 1 Neinstimme und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 243-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Straßenreinigung in der Landeshauptstadt Magdeburg (Straßenreinigungssatzung) gemäß beiliegender Anlage.

- 6.6. 2. Änderungssatzung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 06. März 2003 DS0733/04
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Der BA SAB und der Ausschuss KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 48 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 244-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der Landeshauptstadt Magdeburg (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 06. März 2003 gemäß beiliegender Anlage

- 6.7. Antrag auf überplanmäßige Ausgabe DS0776/04
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal argumentiert gegen die vorgelegte Drucksache DS0776/04.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz begründet die Drucksache DS0776/04 mit Hinweis auf die Gesetzesvorgabe seitens des Landes.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 245-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Ausgabe im DKPK 4 in Höhe von 989.600 EUR. Die Deckung erfolgt durch überplanmäßige Mehreinnahmen in der Haushaltstelle 1.81000.210000 (Gewinnanteile SWM).

- 6.8. Jahresabschluss 2003 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg DS0714/04
BE: Bürgermeister
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 246-6(IV)04

Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand AG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2003 der ZENIT GmbH zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der ZENIT GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2003 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 21.455.024,95 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 92.864,42 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2003 in Höhe von 92.864,42 EUR zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 228.215,15 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen,
- dem Geschäftsführer, Herrn von Kenne, für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen,
- die BDO Deutsche Warentreuhand AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2004 zu bestellen.

- 6.9. Prüfbericht zur Jahresrechnung 2003 und Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2003 DS0752/04
BE: Bürgermeister
-

Die Ausschüsse RPB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Czogalla bringt die Drucksache DS0752/04 ein und stellt die Übereinstimmung vom Prüfbericht und Stellungnahme des Oberbürgermeisters fest. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

Die Vorsitzende des Ausschusses RPB Stadträtin Bork gibt ihre Stellungnahme zur Drucksache DS0752/04 ab. Die Stellungnahme des Ausschusses RPB ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt.

Die Vorsitzende des Ausschusses RPB Stadträtin Bork bittet darum, zukünftig die vom Bürgermeister Herrn Czogalla umfassend vorgetragene Erläuterungen bereits im Ausschuss RPB zu geben, um diese in der Stellungnahme des Ausschusses RPB berücksichtigen zu können.

Stadtrat Kilian, Mitglied im Ausschuss RPB, macht ergänzende Ausführungen zur Analyse des Prüfberichtes 2003.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper geht in seinen umfassenden Ausführungen unter anderem klarstellend auf Prüffeststellungen im vorliegenden Prüfbericht insbesondere zur Verfahrensweise der Durchführung und Abrechnung des Vermögenshaushaltes ein.

Er ruft dabei noch einmal die Ausgangslage hinsichtlich der von der Stadt angestrebten 48 Millionen Euro Kreditaufnahme in 2003, der letztendlich durch das Regierungspräsidium genehmigten 39 Millionen Euro Kreditaufnahme und der erforderlichen Kreditabdeckung in Höhe von 30 Millionen Euro für Verpflichtungsermächtigungen in 2004 in Erinnerung.

Er stellt fest, dass zur Verfahrensweise sowohl Einvernehmen mit dem Stadtrat bestand als auch das Regierungspräsidium signalisiert hatte, diese Verfahrensweise nicht als Rechtsverstoß aufzufassen.

Wäre dies so nicht mit dem Regierungspräsidium abgestimmt worden, hätten eine Reihe von Projekten in 2004 in Frage gestanden, wie z. B. die Sternbrücke, das Rathaus, der Tunnel, das Gesellschaftshaus und Schulbauten.

Der Oberbürgermeister betont ausdrücklich an dieser Stelle, dass er den Sachverhalt persönlich mit dem Regierungspräsidium so abgestimmt hat.

Dies im Nachhinein in der Prüffeststellung als Rechtsverstoß zu deklarieren, hält er für nicht gerechtfertigt auch mit dem Hinweis darauf, dass in der Folge keinerlei Schaden entstanden ist.

Sollte der Stadtrat dieser Auffassung nicht folgen, erwartet er Alternativvorschläge für den Haushalt 2005, da der Oberbürgermeister dann nicht mehr bereit ist, solche Risiken im Interesse der Stadt auf sich zu nehmen.

Es wäre dann letztendlich ein Angriff auf eine Vereinbarung, die Stadtrat und Oberbürgermeister so gemeinsam getroffen haben.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern dankt den Bürgermeister Herrn Czogalla für die umfassende Darstellung zur Drucksache DS0752/04. Er merkt im Namen seiner Fraktion an, dass sie den Feststellungen zur Haushaltskonsolidierung folgen werden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 247-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt gemäß § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 und erteilt dem Oberbürgermeister die Entlastung.

6.10.	Wirtschaftsplan 2005 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg	DS0769/04
	BE: Bürgermeister	

Der BA SFM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 248-6(IV)04

1. Der Wirtschaftsplan 2005 des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg wird entsprechend der Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1. im Bereich des Erfolgsplanes mit Erträgen in Höhe von 12.602.100,00 EUR, mit Aufwendungen in Höhe von 12.602.100,00 EUR
 - 1.2. im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 954.000,00 EUR
 - 1.3. mit einem Höchstbetrag des Kassenkredites von 1.500.000,00 EUR
2. Der mittelfristige Finanzplan des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg wird zur Kenntnis genommen.

6.11.	Zweitwohnungssteuersatzung	DS0774/04
	BE: Bürgermeister	

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0774/04/1 der FDP-Fraktion
- modifizierter Änderungsantrag DS0774/04/4 der Fraktion Bü 90/Grüne
- Änderungsantrag DS0774/04/5 der CDU-Fraktion
- modifizierter Änderungsantrag DS0774/04/3 der Fraktion Bü 90/Grüne
- Änderungsantrag DS0774/04/2 der Fraktion future

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Bürgermeister Herr Czogalla bringt die Drucksache DS0774/04 ein. In seinen umfangreichen Ausführungen geht er auf die Genese des Themas „Zweitwohnungssteuer“ ein, begründet die heute andere Position der Verwaltung dazu und geht im Besonderen auf die Situation von Studenten in Magdeburg ein und hält fest, dass die Stadt Magdeburg die Studenten nicht mit einer Zweitwohnungssteuer belasten möchte. Das Hauptziel besteht in der Verbesserung der Position der Landeshauptstadt Magdeburg innerhalb der kreisfreien Städte des Landes Sachsen-Anhalt bzgl. des Finanzausgleichs des Landes. Herr Czogalla informiert über diesbezügliche Gespräche mit dem Studentenrat und dessen Forderungen. Er macht Ausführungen zu angedachten Sonderleistungen im Rahmen des Programms „Cash-for-stay-and-study“. Belastungen aus der Zweitwohnungssteuer für Besserverdienende hält er für zumutbar. Abschließend gibt er Erläuterungen zu den geplanten Staffellungen und bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0774/04.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Oberbürgermeister zur Thematik Stellung.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, argumentiert im Namen seiner Fraktion für die Einführung einer Zweitwohnungssteuer und geht kritisch auf die Haltung der PDS-Fraktion in der Magdeburger Volksstimme am 02.12.04 ein.

Vertreter der Fraktion BfM/Tierschutz und Bü 90/Grüne unterstützen die vorliegende Drucksache DS0774/04, wobei Stadtrat Herbst, Fraktion Bü 90/Grüne, sich für eine Verbesserung des Programms „Cash-for-stay-and-study“ ausspricht. Er bringt die modifizierten Änderungsanträge DS0774/04/3 und DS0774/04/4 seiner Fraktion ein.

Stadtrat Stage, future/die jugendpartei, spricht sich für die vorliegende Drucksache aus und begründet den Änderungsantrag DS0774/04/2 seiner Fraktion.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper legt seinen Standpunkt dar und informiert dabei u.a. über das Gesprächsergebnis mit dem Studentenrat. Er merkt weiterhin an, dass die Einführung der Zweitwohnungssteuer zum 01.07.2005 geplant ist und spricht sich für die vereinbarte zeitliche Staffellung aus. Er informiert, dass den Studenten mit Semesterbeginn Frühjahr 2005 entsprechende Informationen zugehen sollen.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper unterstreicht abschließend auf die Zielsetzung, über erhöhte Landeszuweisungen mit dieser Maßnahme einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der Landeshauptstadt Magdeburg und auch im Vergleich zur Stadt Halle zu leisten.

Stadträtin Hein, PDS-Fraktion, hält die vorliegende Drucksache DS0774/04 nur dann für zustimmungsfähig, wenn die Studenten aus der Zweitwohnungssteuersatzung herausgenommen werden und begründet dies mit sich daraus ergebenden sozialen Aspekten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern trägt die Zielsetzung der Drucksache DS0774/04 und die geplante Staffelung der Auszahlung mit. Er nimmt in seinen weiteren Ausführungen kritisch zur Information I0387/04 bzgl. des darin fehlenden Themas Zweitwohnungssteuer Stellung. Stadtrat Stern begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0774/04/5 seiner Fraktion.

Stadträtin Bork, PDS-Fraktion, spricht sich dafür aus, dass Programm „Cash-for-stay-and-study“ zukünftig besser publik zu machen und hält diese Steuer für ein untaugliches Mittel.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion stellt Stadtrat Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion, den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** -.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Ende der Rednerliste.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke hält die Vorgehensweise der Verwaltung für den falschen Weg und spricht sich gegen eine Zwangsverpflichtung der Bürger über die Steuer aus. Er begründet den Änderungsantrag DS0774/04/1.

Im Rahmen der weiteren Diskussion legt Stadtrat Müller, PDS-Fraktion, seinen Standpunkt zur Thematik dar und merkt dabei u.a. an, dass er nicht grundsätzlich gegen die Einführung der Zweitwohnungssteuer ist, man aber Ursachenforschung bezüglich des geringen Bekanntheitsgrades des Programms „Cash-for-stay-and-study“ betreiben sollte.

Stadtrat Stage, future/die jugendpartei, unterzieht einige der vorliegenden Änderungsanträge einer kritischen Betrachtung.

Abschließend geht der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und spricht sich gegen die Einführung der Zweitwohnungssteuer aus. Er unterstützt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag DS0774/04/1 der FDP-Fraktion.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion wird der Änderungsantrag DS0774/04/1 der FDP-Fraktion –

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg empfiehlt dem Oberbürgermeister, auf die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer zu verzichten und statt dessen die Imagekampagne der Landeshauptstadt Magdeburg weiterzuentwickeln sowie das Cash-for-stay-and-study-Programm auszuweisen. –

vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt**.

Der modifizierte Änderungsantrag DS0774/04/3 der Fraktion Bündnis 90/Grüne –

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die bisherigen Vergabepaxis der Stadt bezüglich der Ummeldeprämien für Studenten (Cash-for-stay-and-study-Programm) dahingehend zu verändern, dass:

1. Die Zahlung der Prämie unmittelbar mit der Anmeldung des Hauptwohnsitzes in voller Höhe und ohne zeitliche Staffelung erfolgt.

2. Die Höhe der Prämie von derzeit 180,- auf 200,- Euro aufgestockt wird. -

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

Der Änderungsantrag DS0774/04/2 der Fraktion future -

Der Stadtrat möge beschließen:

Es wird ein zusätzlicher Beschlusspunkt aufgenommen: Das Programm "cash for stay and study" wird dahingehend abgeändert, dass mit Beginn des Jahres 2005 die Mindestaufenthaltszeit von Studenten, die ihren Hauptwohnsitz in Magdeburg anmelden, von zwei Jahren auf ein Jahr gekürzt wird. –

wird vom Stadtrat ebenfalls mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0774/04/5 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Stadtrat möge beschließen:

Folgender Beschlusspunkt wird bei dem Beschlussvorschlag des Drucksache DS0774/04 „Zweitwohnungssteuersatzung“ ergänzt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept für eine verbesserte Betreuung der Studierenden in der Landeshauptstadt in der Märzsession 2005 des Stadtrates zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind folgende Bestandteile mit zu berücksichtigen.

- Modifikation des Programms „cash for stay and study“ in Hinsicht auf die Auszahlungstermine und Summe (Anmeldung 70 € nach 1 Jahr 50 € und nach dem 2. Jahr der Hauptwohnsitznahme die Schlusszahlung in der Höhe von 40 €).
- Erstellung eines Bonusheftes für die Studierenden in Zusammenarbeit mit den verschiedensten Institutionen (öffentlich wie privatrechtlich) aus Magdeburg und der Region.
- Initiierung einer Werbe-Kampagne um über die Vor- und Nachteile einer Hauptsitzwohnnahme in Magdeburg zu informieren.

Gemäß modifiziertem Änderungsantrag DS0774/04/4 der Fraktion Bü 90/Grüne **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg/Stendal aussagefähiges Informationsmaterial zur Zweitwohnungssteuer und zu den Prämienzahlungen für die Studenten zu erarbeiten.

Diese Informationssammlung soll mit Beginn des Sommersemesters bei Anmeldung in der Stadt jedem Interessierten ausgehändigt bzw. zur Mitnahme an den entsprechenden Stellen ausgelegt werden.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0774/04/5 der CDU-Fraktion und des Änderungsantrages DS0774/04/4 der Fraktion Bü 90/Grüne mit 35 Ja-, 15 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 249-6(IV)04

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Einführung der Zweitwohnungssteuer mit der als Anlage beigefügten Zweitwohnungssteuersatzung ab dem Jahr 2005.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept für eine verbesserte Betreuung der Studierenden in der Landeshauptstadt in der Märzsession 2005 des Stadtrates zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind folgende Bestandteile mit zu berücksichtigen.

- Modifikation des Programms „cash for stay and study“ in Hinsicht auf die Auszahlungstermine und Summe (Anmeldung 70 €, nach 1 Jahr 50 € und nach dem 2. Jahr der Hauptwohnsitznahme die Schlusszahlung in der Höhe von 40 €).
- Erstellung eines Bonusheftes für die Studierenden in Zusammenarbeit mit den verschiedensten Institutionen (öffentlich wie privatrechtlich) aus Magdeburg und der Region.
- Initiierung einer Werbe-Kampagne um über die Vor- und Nachteile einer Hauptsitzwohnnahme in Magdeburg zu informieren.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg/Stendal aussagefähiges Informationsmaterial zur Zweitwohnungssteuer und zu den Prämienzahlungen für die Studenten zu erarbeiten.

Diese Informationssammlung soll mit Beginn des Sommersemesters bei Anmeldung in der Stadt jedem Interessierten ausgehändigt bzw. zur Mitnahme an den entsprechenden Stellen ausgelegt werden.

6.11.1.	Zweitwohnungssteuersatzung	DS0774/04/1
---------	----------------------------	-------------

6.11.2.	Zweitwohnungssteuersatzung	DS0774/04/2
---------	----------------------------	-------------

6.11.3.	Zweitwohnungssteuersatzung	DS0774/04/3
---------	----------------------------	-------------

6.11.4.	Zweitwohnungssteuersatzung	DS0774/04/4
---------	----------------------------	-------------

6.11.5.	Zweitwohnungssteuersatzung	DS0774/04/5
---------	----------------------------	-------------

6.12.	Überplanmäßige Ausgaben für die Magdeburger Hafen GmbH (MHG) BE: Bürgermeister	DS0810/04
-------	---	-----------

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 250-6(IV)04

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) im Jahr 2004 ein Darlehen in Höhe von 350.000 EUR entsprechend des dieser Drucksache beigefügten Darlehensvertrages durch eine überplanmäßige Ausgabe zur Verfügung. Die Deckung erfolgt aus der HH-Stelle: 2.56201.932000.8-06.
2. Die Landeshauptstadt Magdeburg stimmt dem finanziellen Ausgleich der bestehenden Restforderung der MHG gegenüber der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 620.358,26 EUR durch eine überplanmäßige Ausgabe im Jahr 2004 zu. Die Auszahlung erfolgt in zwei Teilbeträgen in Höhe von 328.381,60 EUR und 291.976,66 EUR. Die Deckung ergibt sich wie folgt:

328.381,60 EUR - HH-Stelle: 2.56201.932000.8-06 (283.800,00 EUR)
 HH-Stelle: 2.88000.340200.8-99 (44.581,60 EUR)

291.976,66 EUR - HH-Stelle: 2.82201.325000.1-01

Der TOP 6.13 - DS0831/04 wird auf der Stadtratssitzung am 06.12.04 beraten.

6.14.	Rahmenbedingungen zum 9.Sachsen-Anhalt-Tag in der Landeshauptstadt Magdeburg vom 1.-3.7.05	DS0799/04
	BE. Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der vorliegenden Änderungsanträge DS0799/04/1 und DS0799/04/2.

Auf Nachfrage der Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion, zum widersprüchlichen Preis der Festplakette für kostenfreie ÖPNV zwischen der Drucksache DS0799/04 und DS0749/04, merkt der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch an, dass der korrekte Preis in beiden Drucksachen 5 Euro beträgt.

Gemäß Änderungsantrag DS0799/04/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Auf der Seite 4 der Drucksache ist unter 6. Verkauf von Festplaketten für kostenfreie ÖPNV der Satz „Kinder unter 12 Jahren sind vom Entgelt befreit.“ zu streichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der MVB nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die es ermöglichen, dass Kinder bis 12 Jahre während des Sachsen-Anhalt-Tages kostenfrei den ÖPNV nutzen können.

Gemäß Änderungsantrag DS0799/04/2 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

13. Auswahlkriterien

Unter dem Punkt 13c ist als lfd. e der Maßstab **ökologische Verträglichkeit** aufzunehmen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der Änderungsanträge DS0799/04/1 und DS0799/04/2 des Ausschusses KRB einstimmig:

Beschluss-Nr. 251-6(IV)04

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Rahmenbedingungen für die Durchführung des 9.Sachsen-Anhalt-Tages 2005 vom 01. Juli bis 03. Juli 2005 in der Landeshauptstadt Magdeburg unter Berücksichtigung der in der Anlage beigefügten Vorgaben und Zulassungskriterien

6.14.1.	Rahmenbedingungen zum 9.Sachsen-Anhalt-Tag in der Landeshauptstadt Magdeburg vom 1.-3.7.05	DS0799/04/1
6.14.2.	Rahmenbedingungen zum 9.Sachsen-Anhalt-Tag in der Landeshauptstadt Magdeburg vom 1.-3.7.05	DS0799/04/2
6.15.	Sachsen-Anhalt-Tag 2005 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0749/04

Die Ausschüsse K, FG und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Auf die Nachfrage des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion, zum Buttonverkauf und zur Staffelung für gewerbliche Angebote, geht der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch klarstellend ein. Er merkt dabei an, dass es zur Staffelnungsproblematik eine Information geben wird.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 252-6(IV)04

1. Das beiliegende inhaltliche Rahmenkonzept wird als konzeptionelle Grundlage für den 9. Sachsen-Anhalt-Tag bestätigt.
2. Der besondere Beitrag der Stadt ist die Magdeburger Altstadtmeile als Projekt des Kuratoriums „1.200 Jahre Magdeburg“ e.V., deren Konzept (Anlage) zur Kenntnis genommen wird.
3. Der städtische Zuschuss in Höhe von 614.400 Euro für den Sachsen-Anhalt-Tag einschl. Altstadtmeile wird hiermit gemäß Kosten- und Finanzierungsplan beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge zu tragen, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die entstehenden Kosten durch zusätzliche Einnahmen zu kompensieren. (z.B. Sondernutzungen im Bereich Gastronomie)
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf einzuwirken, dass sich die städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Sachsen-Anhalt-Tages beteiligen.

6.16. Magdeburg 12hundert

DS0748/04

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Es liegt der interfraktionelle Änderungsantrag DS0748/04/2 vor.

Die Ausschüsse K und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0748/04/1.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch bringt die Drucksache DS0748/04 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal weist kritisch auf den falschen Absender „PDS-Fraktion“ im Änderungsantrag DS0748/04/2 hin und hält fest, dass es sich hierbei um einen interfraktionellen Änderungsantrag handelt. Er beantragt die getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages DS0748/04/2.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning entschuldigt das Versehen bezüglich des falschen Absenders im Änderungsantrag DS0748/04/2 und begründet den Punkt 2 des Antrages.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch informiert über Gespräche u.a. mit der deutsch-israelischen Gesellschaft und über weitere geplante Vorhaben. Er kündigt dazu eine Information an.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg begründet den Änderungsantrag DS0748/04/1.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Dr. Kutschmann unterstützt den interfraktionellen Änderungsantrag DS0748/04/2 und die vorliegende Drucksache DS0748/04.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Grüne Stadtrat Westphal zieht den Antrag auf getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages DS0748/04/2 zurück.

Gemäß interfraktionellen Änderungsantrag DS0748/04/2 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Würdigung folgender historischer Ereignisse mit herausragender Bedeutung für Magdeburg, die sich im Jahr 2005 zum 60. Mal jähren, ist in das Rahmenkonzept aufzunehmen:

1. die Befreiung Magdeburgs durch Verbände der 2. US-Panzerdivision und der 30. US-Infanteriedivision von der nationalsozialistischen Herrschaft am 18. April 1945
2. die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, die am 8. Mai 1945 mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands besiegelt worden ist.

Zur Absicherung der Kostenneutralität im Stadthaushalt ist zu prüfen, ob z. B. das Deutsch – Amerikanische Dialogzentrum, die Landeszentrale für Politische Bildung, Bundeszentrale für Politische Bildung und Stiftungen sich an der Würdigung des Ereignisses beteiligen können. Entsprechende Würdigungsveranstaltungen sind mit den Deutschland weiten Ereignissen zum 8.Mai abzugleichen.

Gemäß Änderungsantrag DS0748/04/1 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen, dass im Zuge der Haushaltsberatungen die Ausgabemittel in angegebener Höhe von 2.020.700,- € festgeschrieben werden. Mehrausgaben sind nicht zulässig.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der Änderungsanträge DS0748/04/1 und DS0748/04/2 einstimmig:

Beschluss-Nr. 253-6(IV)04

1. Der Stadtrat nimmt die Fortschreibung des Rahmenkonzeptes und die Programmauswahl für die Vorbereitung und Durchführung des Stadtjubiläums im Jahre 2005 zur Kenntnis.
2. In den Haushalt des Jahres 2005 werden Sachmittel in Höhe von 2.020.700,00 Euro eingestellt.
3. Davon werden für die Vermarktung des Stadtjubiläums Mittel in Höhe von 360.000 Euro eingesetzt.
4. Für Veranstaltungen im Stadtraum können von kommerziellen Dienstleistern Mieten erhoben werden. Gleiches gilt für Lizenzen, die in Verbindung zum Stadtjubiläum vergeben werden.
5. Alle Einnahmen im Zusammenhang mit dem Stadtjubiläum werden dem Deckungskreis 1200 Jahre zugeordnet. Die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel sind entsprechend des Bedarfs ab dem 1. Januar 2005 verfügbar.
6. Die Würdigung folgender historischer Ereignisse mit herausragender Bedeutung für Magdeburg, die sich im Jahr 2005 zum 60. Mal jähren, ist in das Rahmenkonzept aufzunehmen:

1. die Befreiung Magdeburgs durch Verbände der 2. US-Panzerdivision und der 30. US-Infanteriedivision von der nationalsozialistischen Herrschaft am 18. April 1945

2. die Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus, die am 8. Mai 1945 mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands besiegelt worden ist.

Zur Absicherung der Kostenneutralität im Stadthaushalt ist zu prüfen, ob z. B. das Deutsch – Amerikanische Dialogzentrum, die Landeszentrale für Politische Bildung, Bundeszentrale für Politische Bildung und Stiftungen sich an der Würdigung des Ereignisses beteiligen können.

Entsprechende Würdigungsveranstaltungen sind mit den Deutschland weiten Ereignissen zum 8. Mai abzugleichen.

7. Im Zuge der Haushaltsberatungen sind die Ausgabemittel in angegebener Höhe von 2.020.700,- € festgeschrieben. Mehrausgaben sind nicht zulässig.

6.16.1. Magdeburg 12hundert DS0748/04/1

6.16.2. Veranstaltung 12hundert DS0748/04/2

- 6.17. Neufassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten im Bäderbereich DS0757/04
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
-

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0757/04/1 und /2 des Ausschusses BSS
- Änderungsantrag DS0757/04/3 der Fraktion future
- Änderungsantrag DS0757/04/4 der CDU-Fraktion

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der vorliegenden Änderungsanträge DS0757/04/1 und DS0757/04/2.

Gemäß Änderungsantrag DS0757/04/1 des Ausschusses BSS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der § 8 (2) der Entgeltordnung wird verändert durch Anhebung der Altersgrenze
von: Ermäßigung für Kinder bis 16 Jahre
auf: Ermäßigung für **Kinder, Schüler und Auszubildende bis 18 Jahre.**

Gemäß Änderungsantrag DS0757/04/4 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der vorliegende Satzungsentwurf wird im § 8 (2) um folgenden Anstrich ergänzt:

- Grundwehr- und Ersatzdienstleistende bei Vorlage eines geeigneten Nachweises

Gemäß Änderungsantrag DS0757/04/2 des Ausschusses BSS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Die Eintrittspreise des Freibades Süd werden denen des Carl-Miller-Bades angeglichen.

Gemäß Änderungsantrag DS0757/04/3 der Fraktion future **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Im § 8 (3) wird die Zeitbegrenzung "Mo-Fr bis 15 Uhr" aufgehoben.
2. Der Oberbürgermeister ergänzt die Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten im Bäderbereich um die Einführung eines Familientickets (2 Erwachsene + Kind[er]), das in den kommunalen Hallen-, Frei- und Strandbädern Gültigkeit besitzt. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird dem Stadtrat zur Februarsitzung 2005 zum Beschluss vorgelegt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 43 Ja- und 5 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 254-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten der Landeshauptstadt Magdeburg.

Hinweis des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Dr. Koch:

Er merkt an, dass die Verwaltung mit dieser Drucksache DS0757/04 auch eine Einnahmeerhöhung von 169.000 € avisiert hat. Die jetzige Beschlussfassung führt dazu, dass diese Einnahmeerwartung in Gänze dann nicht erfüllt werden kann. Er verweist auf ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes, das im Prinzip von kostendeckenden Preisen für Freibäder ausgeht.

Dr. Koch stellt dazu fest, dass es nach seinem Kenntnisstand kein Freibad in Deutschland gibt, was kostendeckend arbeitet.

Persönliche Erklärungen:

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 3**)

Stadtrat Giefers, Fraktion Bü 90/Grüne gibt ebenfalls eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 4**)

6.17.1.	Neufassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten im Bäderbereich	DS0757/04/1
---------	--	-------------

6.17.2.	Neufassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten im Bäderbereich	DS0757/04/2
---------	--	-------------

6.17.3.	Neufassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten im Bäderbereich	DS0757/04/3
---------	--	-------------

6.17.4.	Neufassung der Entgeltordnung für die Nutzung der Sportstätten im Bäderbereich	DS0757/04/4
---------	--	-------------

6.18.	Wirtschaftsplan 2005 des Städtischen Klinikums Magdeburg BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0665/04
-------	--	-----------

Der BA Städtisches Klinikum empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bringt die Drucksache DS0665/04 ein.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 255-(IV)04

1. Der Wirtschaftsplan des Städtischen Klinikums Magdeburgs 2005 wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:
 - 1.1 Im Bereich des Erfolgsplanes mit Aufwendungen in Höhe von 126.657.387 Euro und Erträgen in Höhe von 126.657.387 Euro.
 - 1.2 Im Bereich des Vermögensplanes mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 26.488.804 Euro.
 - 1.3 Mit dem Höchstbetrag für Kassenkredite in Höhe von 16.500.000 Euro.
2. Der Finanzplan 2004 – 2008 des Städtischen Klinikums wird zur Kenntnis genommen.

6.19.	Wirtschaftsplan 2005 des EB SSW BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0719/04
-------	---	-----------

Der BA SSW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 256-6(IV)04

Der Wirtschaftsplan 2005 des EB SSW wird entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und vom Stadtrat beschlossen:

1. im Bereich des Erfolgsplanes mit Erträgen in Höhe von 19.467.700 Euro und Aufwendungen in Höhe von 19.657.900 Euro.
2. der Jahresfehlbetrag im Erfolgsplan 2005 in Höhe von 190.200 Euro soll durch Vortrag auf neue Rechnungen und nicht durch Mittel des Aufgabenträgers (Kommune) bedeckt werden.
3. im Bereich des Vermögensplanes mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 10.928.000 Euro

davon

 - a) mit einem Tilgungszuschuss des Aufgabenträgers in Höhe von 257.100 Euro
 - b) mit einem Fördermittelanteil der Stadt Magdeburg gem. DS0729/04 gem. § 7 (4) Landesausführungsgesetz zum Pflegeversicherungsgesetz in Höhe von 1.750.000 Euro
 - c) mit einer Kreditnahme in Höhe von 2.973.000 Euro.
4. mit dem Höchstbetrag des Kassenkredites von 1.533.800 Euro.

Der Finanzplan und der Investitionsplan 2005 bis 2008 werden vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

6.20. Anträge ÜPL in Höhe von 3.726.000 Euro im Deckungskreis DS0803/04
 Soziales

BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 257-6(IV)04

Der Stadtrat beschließt eine unabweisbare überplanmäßige Ausgabe gemäß § 97 Abs. 1 GOLSA in den Bereichen Sozialhilfe –laufende Leistungen UA 1.41010, einmalige Leistungen UA 1.41030 und Leistungen der Grundsicherung in Einrichtungen UA 1.48500.

Die Deckung erfolgt aus:

Mehreinnahmen Gewerbesteuer HHst. 1.90000.003 000.7 in Höhe von 3.726.000 EUR.

6.21. Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Entwicklungsmaßnahme "Rothensee" mit Stand vom 30.06.2004 DS0640/04

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Tagesordnungspunkte 6.21 – DS0640/04 , TOP 8.3 – A0165/04 und ergänzend TOP 8.4 – A0170/04 werden im Zusammenhang beraten.

Zur DS 0640/04 empfehlen die Ausschüsse RWB, StBV und FG die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky nimmt zu den Anträgen A0165/04 und A0170/04 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bü 90/Grüne Stadtrat Westphal nimmt kritisch zur vorliegenden Kosten- und Finanzierungsübersicht Stellung und prognostiziert für die kommenden Jahre ein Defizit von 2 – 3 Mio Euro.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne, zur Kostenproblematik der Entwicklungsmaßnahme und geht in seinen weiteren Ausführungen auf Maßnahmen zur Gegensteuerung ein. Er begründet den vorliegenden Antrag A0165/04 und unterbreitet eine Textmodifizierung im 1. Satz.

Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion, spricht sich dafür aus, den 1. Satz im Antrag A0165/04 zu streichen und bringt einen entsprechenden Änderungsantrag ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky geht klarstellend auf die kritischen Hinweise des Stadtrates Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne ein. Er begründet dabei das Defizit auf der Einnahmeseite. Herr Kaleschky trägt die Anträge A0165/04 der SPD-Fraktion und A0170/04 der Fraktion Bü 90/Grüne mit.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bü 90/Grüne begründet den Antrag A0170/04.

zum TOP 6.21 – DS0640/04

Gemäß Drucksache DS0640/04 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 258-6(IV)04

Der Stadtrat stimmt der Kosten- und Finanzierungsübersicht gemäß § 171 Abs. 2 BauGB mit Stand vom 30. 06. 2004 und dem damit verbundenen Defizit der Maßnahme im Jahre 2008 in Höhe von 56.192.000,- EUR zu.

TOP 8.3 – A0165/04

Der Änderungsantrag der Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion –

Der 1. Satz des Antrages A0165/04 ist zu streichen. Erst nach Vorliegen des Prüfergebnisses soll bestimmt werden, wer eventuell Teilaufgaben des Entwicklungsträgers übernehmen soll. –

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen **abgelehnt**.

Gemäß modifiziertem Antrag A0165/04 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 259-6(IV)04

Die Stadt oder eine städtische Gesellschaft übernimmt nach § 18 Abs. 4 des Entwicklungsträgervertrages Teilaufgaben der Entwicklungsträger KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und -erschließungs-GmbH.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzbarkeit des Beschlusses zu prüfen und die Veränderung des Leistungsumfanges so vorzubereiten, dass sie gemäß § 18 Abs. 4 des Entwicklungsträgervertrages zum 30.04.2005 ab dem Jahr 2006 vereinbart werden kann.

TOP 8.4 – A0170/04

Gemäß Antrag Antrag A0170/04 der Fraktion Bü 90/Grüne **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 260-6(IV)04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Effekte für die Entwicklung von Teilbereichen der Alten Neustadt, insbesondere in Nachbarschaft zur Universität, von der Festsetzung eines Anpassungsgebietes nach § 170 BauGB ausgehen könnten.

Das Prüfergebnis ist im Ausschuß Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (StBV) vorzulegen.

8.3.	Übernahme von Teilaufgaben der KGE GmbH SPD-Fraktion	A0165/04
8.4.	Prüfung einer Anpassungsmaßnahme Alte Neustadt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0170/04
6.22.	Satzung - Veränderungssperre für das Bebauungsplangebiet Nr. 238-2 "Bahnhofstraße/Danzstraße" BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0718/04

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 47 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 261-6(IV)04

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg hat aufgrund des § 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I, S. 2141) und der Änderung durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359) in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und des § 6 Abs. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 05.10.1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, in seiner Sitzung am 02.12.2004 folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg hat am 04.02.1993 beschlossen, für das Gebiet „Bahnhofstraße/Danzstraße“ einen Bebauungsplan aufzustellen. Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 näher beschriebene Gebiet eine Veränderungssperre gemäß § 14 Abs. 1 BauGB erlassen.

§ 2

Die Veränderungssperre erstreckt sich auf das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden durch die Danzstraße
- im Osten durch die Otto-von-Guericke-Straße
- im Süden durch die Anhaltstraße
- im Westen durch die Bahnhofstraße.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieser Satzung bildet, dargestellt.

§ 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre dürfen:

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann von der Veränderungssperre eine Ausnahme zugelassen werden.

Die Entscheidung über Ausnahmen trifft die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde.

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4

Die Veränderungssperre tritt am Tage der Bekanntmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg in Kraft.

Sie tritt nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft.

6.23. Grundsatzbeschluss zum Ausbau der Berliner Chaussee zw. Jerichower Str. und der Ehlebrücke DS0779/04

BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Dr. Schmidt übt Kritik, dass in der Beratungsfolge der Drucksache DS0779/04 sein Ausschuss nicht berücksichtigt wurde. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung der Drucksache DS0779/04 in den Ausschuss UwE – ein.

Vertreter der PDS-Fraktion und der Fraktion Bü 90/Grüne sprechen sich gegen den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion wird der GO-Antrag des Vorsitzenden des Ausschusses UwE des Stadtrates Dr. Schmidt – Überweisung der Drucksache DS0779/04 in den Ausschuss UwE – wird vom Stadtrat mit 17 Ja- und 23 Neinstimmen **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 262-6(IV)04

1. In der Berliner Chaussee zwischen der Jerichower Straße und der Ehlebrücke wird die Erhöhung der Tragfähigkeit des Fahrbahnbereiches beschlossen.
2. Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit werden punktuell die Knotenpunkte durch Verbreiterung der Fahrbahn, Veränderung der Markierung oder Signalprogramme ertüchtigt.
Die umzusetzenden punktuellen Maßnahmen fügen sich in einem möglichen 4-spurigen Ausbau der Berliner Chaussee ein.
3. Die Planung erfolgt im Jahre 2004/2005, die Baudurchführung ist für die Jahre 2005/2006 bis ca. 300 m hinter dem Knoten Hohefeld-Privatweg vorgesehen.

6.24.	Umbau und Sanierung Altes Rathaus - Her- und Aufstellung der Rolandfigur	DS0728/04
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Zur Beratung liegen vor:

- GO-antrag DS0778/04/1 des Ausschusses FG
- Änderungsantrag DS0728/04/2 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag DS0728/04/3 des Ausschusses K

Der Ausschuss K lehnt die Drucksache DS0728/04.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0728/04/2.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bringt die Drucksache DS0728/04 ein und geht dabei u.a. auf die Historie der Rolandfigur ein. Er verweist auf eine Reihe von Sponsoring-Angeboten für die Errichtung dieser Rolandfigur und bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0728/04.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen zur Thematik Stellung.

Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion, spricht sich für die Errichtung der „alten Rolandfigur“ gemäß Drucksache aus.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, den GO-Antrag – **Ende der Rednerliste** - ein.

Stadtrat Meinecke, PDS-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion – **Ende der Rednerliste** – wird vom Stadtrat mit 20 Ja-, 20 Neinstimmen und 8 Enthaltungen **abgelehnt**.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion hinterfragt Stadtrat Westphal, Fraktion Bü 90/Grüne die Bedeutung der Rolandfigur und geht auf Aspekte des Zeitgeschmacks ein. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0728/04/3 des Ausschusses K.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz findet eine Nachbildung der Rolandfigur für nicht zeitgemäß und begründet den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion. Er bringt einen Änderungsantrag ein.

Vertreter der CDU-Fraktion und Fraktion Bü 90/Grüne nehmen zum Änderungsantrag der Fraktion BfM/Tierschutz Stellung.

Im Anschluss zieht der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann seinen Änderungsantrag zurück und kündigt an, einen diesbezüglichen eigenständigen Antrag in den Stadtrat einzubringen.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, begründet seine ablehnende Haltung zur Nachbildung der Rolandfigur als nicht zeitgemäß.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich ebenfalls gegen und Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion, für die Nachbildung der Rolandfigur und aus.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Heedorf informiert über das Meinungsbild seines Ausschusses zur Thematik und begründet als Folge dessen den Änderungsantrag DS0728/04/3.

Nach weiterer umfangreicher Diskussion stellt Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** -.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mit 33 Ja-, 15 Neinstimmen und 1 Enthaltung –

Abbruch der Debatte.

Der Änderungsantrag DS0728/04/3 des Ausschusses K –

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Beschluss zur Drucksache 786/99, Beschlussnummer 266-5(III)99, wird mit der Vorlage der seinerzeitigen Entwürfe als erfüllt angesehen und damit wirksam aufgehoben.
2. Der Her- und Aufstellung eines zeitgemäßen Rolands wird zugestimmt.
3. Die symbolische Gestaltung des neuen Rolands soll sich am Selbstverständnis unserer Stadt als Oberzentrum, der inhaltlichen Symbolik kommunaler Selbstverwaltung im Sinne des Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz sowie Artikel 2 Abs.3 Landesverfassung Sachsen-Anhalt und der freiheitlichen Selbstbestimmung in einem demokratischen Land Europas orientieren.
Eine dem entsprechende Ausschreibung für einen künstlerischen Entwurf soll kurzfristig erarbeitet, abgestimmt und veröffentlicht werden.
4. Ein der Zeit entsprechender Magdeburger Roland soll beispielgebend für eine selbstbewusste kommunale, bürgernahe Verwaltung im neuen Europa sein und damit eine alte Tradition Freier Städte einerseits erneuern und gleichzeitig der heutigen Situation entsprechen.
5. Frei werdende Mittel durch Einsparung an den Investitionsmaßnahmen des Alten Rathauses sollen für die künstlerische Ausstattung des renovierten Bürgerhauses genutzt werden. –

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0728/04/2 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag 3. ist zu streichen und wie folgt neu zu formulieren:

3. Der Kostenumfang für die Herstellung und Aufstellung des Rolands ist aus Spenden (materiell
oder finanziell) zu finanzieren.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 263-6(IV)04

1. Die Her- und Aufstellung der Rolandfigur „Kollossus Magdeburgensis“ wird im Ansehen und Platzierung laut Anlage 1 bestätigt.
2. Der Kostenumfang für die Her- und Aufstellung in Höhe von 75.000 EUR wird bestätigt.
3. Der Kostenumfang für die Herstellung und Aufstellung des Rolands ist aus Spenden (materiell oder finanziell) zu finanzieren.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 5**)

6.24.1.	Umbau und Sanierung Altes Rathaus - Her- und Aufstellung der Rolandfigur	DS0728/04/1
---------	---	-------------

6.24.2.	Umbau und Sanierung Altes Rathaus - Her- und Aufstellung der Rolandfigur	DS0728/04/2
---------	---	-------------

6.24.3.	Umbau und Sanierung Altes Rathaus - Her- und Aufstellung der Rolandfigur	DS0728/04/3
---------	---	-------------

7.	Einwohnerfragestunde Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
----	--

TOP 7. Einwohnerfragestunde, Sitzung vom 2. 12.

7.1 Andrea Kaufmann, Burgkmairweg 8, 39128 Magdeburg

Anfrage zum Tierheimneubau. Es geht um den Artikel in der Volksstimme vom 27. 11. 2004, in dem Herr Dr. Trümper angekündigt hat, dass die Verhandlungen mit der TLG abgeschlossen sind, dass man sich einig sei und der Vertrag unterschriftsreif wäre. Die Stadträte sollen im Januar darüber entscheiden.

Umfasst dieser Kauf auch die Zuwege und das damit verbundene Grundstück? Wenn ja, wird der Finanzplan dann trotzdem eingehalten werden können.

Antwort des Amtsleiters für Baurecht Herrn Dr. Scheidemann:

Der Kaufvertrag mit der TLG ist ausverhandelt. Er wird als Drucksache demnächst den Stadträten vorgelegt bzw. ist schon im Umlauf. Das Grundstück hat auch die Zuwegung, die von der Burger Straße aus erfolgt. Es wird von der Burger Straße aus ein kleiner Stich gebaut. Diese Flächen sind in dem Bereich zu überwiegenden Teilen enthalten. Es ist eine kleine Splitterfläche, die noch außerhalb liegt, aber das dürfte kein Problem sein.

Nachfrage von Frau Kaufmann:

Bedeutet die Äußerung des Oberbürgermeisters, dass der in die Ausschüsse verwiesene und vertagte Antrag der GRÜNEN zum Standort Ottersleben hinfällig ist?

Antwort des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion:

Dazu hat der Oberbürgermeister in seiner Sitzung auf Anfrage erklärt, dass er nach dem entsprechenden Ratsbeschluss handelt und den Vertrag mit der TLG abschließen wird. Die Drucksache, wie Herr Dr. Scheidemann mitteilte, wird hier zur Entscheidung vorgelegt. Nach dem Ratsbeschluss können die entsprechenden Haushaltsmittel im Haushaltsjahr 2005 nach der HU Bau für den Bau eingestellt werden. Damit ist natürlich der Antrag Ottersleben hinfällig.

7.2 Carsten Schulze, A.-Puschkin-Str. 20, 39108 Magdeburg

Es geht um den Neonaziaufmarsch am 15. Januar. Bisher gibt es Äußerungen seitens der Stadt, dass es mit dem Bündnis gegen Rechts eine Kehrausaktion geben wird an diesem Tag. In Anbetracht der Größe dieses Aufmarsches und in Anbetracht der Wahlerfolge auch in Sachsen und in Brandenburg kann das doch nicht alles sein, was von der Stadt gemacht wird, um tausend militante Neonazis hier am Durchgehen zu verhindern.

Antwort des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion

Dazu hat der Oberbürgermeister heute zu Beginn der Sitzung bereits die Antworten gegeben. Im Übrigen steht dazu ein Antrag auf der Tagesordnung und Ihre Frage ist damit nicht zulässig. Ich habe die Bitte, dass Sie solange bleiben. Die Antworten werden Sie dann im Rahmen der Diskussion zu dem Antrag bekommen.

7.3 Gerald Krell, Engel-Privatweg 11, 39128 Magdeburg

Es geht um den Engel-Privatweg bzw. um dessen Ausbau, der seit Jahren versprochen wurde und bis heute nicht erfolgt ist, das heißt, die Straßendecke ist unbefestigt und es gibt keine Kanalisation. In verschiedenen Schriftwechseln habe ich mit Herrn Vinzelberg und Herrn Kaleschky das Problem angesprochen. Mir wurde, vorbehaltlich der Haushaltslage, der Ausbau beispielsweise 1996 für das Jahr 2000 in Aussicht gestellt. Dann wegen fehlender Vorflut- und Finanzmittel wieder nach hinten verlagert auf das Jahr 2001. 2002 auf 2004 wegen der abwasserseitigen Erschließung Alt-Olvenstedts und 2003 ebenfalls wegen Olvenstedt auf 2005 oder 2006. Nun musste ich vom Tiefbauamt erfahren, dass sich der Ausbau wieder hinausschiebt, und zwar scheinbar auf unbestimmt. Wann wird endlich der Engel-Privatweg ausgebaut?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Ich kann keine verbindliche Aussage dazu geben, weil ich das im Detail nicht kenne. Ich kenne aber die Grundsatzproblematik der Straßen zwischen Lorenzweg und Am Neustädter Feld. Sie haben selbst beobachtet, dass wir den Lorenzweg ausgebaut haben, um die Vorflut herzustellen und dass wir in diesem Jahr eine Straße, Lorenzlust, ausgebaut haben. Wir wollen natürlich die Dinge auch fortsetzen, aber Sie haben unser Problem Alt-Olvenstedt schon angesprochen. Das ist von erhöhter Brisanz gerade im Frühjahr diesen Jahres geworden, sodass wir uns in der Tat auf Alt-Olvenstedt weiter konzentrieren müssen. Ich werde Ihnen einen verbindlichen Termin geben, wann der Engel-Privatweg ausgebaut wird. Es gibt noch einen vierten Weg, der dort auch unausgebaut ist, sodass wir diese Aufgabe, die wir seit Jahrzehnten kennen, auch versuchen, entsprechend zu lösen.

8. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

8.1.	Absicherung der Zahlung von Straßenausbaubeiträgen	A0119/04
	CDU-Fraktion WV v. 13.09.04	

Der Ausschuss StBV lehnt den Antrag A0119/04 ab.

Der Ausschuss FG hält den Antrag A0119/04 mit der vorliegenden Stellungnahme S0251/04 der Verwaltung für erledigt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern stellt fest, dass sich der Antrag A0119/04 mit der vorliegenden Stellungnahme S0251/04 der Verwaltung erledigt hat.

8.1.1.	Absicherung der Zahlung von Straßenausbaubeiträgen	S0251/04
--------	--	----------

8.2.	Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften in die Haushaltsvorbereitung einbeziehen	A0135/04
	PDS-Fraktion WV v. 13.09.04	

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 21 Ja-, 21 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 264-6(IV)04

Der Antrag der PDS-Fraktion in der Fassung des Änderungsantrages A0135/04 der CDU-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die städtischen Vertreter in den die** Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften in das Haushaltsaufstellungsverfahren rechtzeitig einzubeziehen und darüber hinaus die Mittelbereitstellung für diese Unternehmen im Rahmen der Haushaltsberatungen (im Finanzausschuss / im Stadtrat) begründet darzustellen. –

wird **abgelehnt**.

Die TOP 8.3 und 8.4 wurden bereits im Zusammenhang mit dem TOP 6.21 beraten.

Es liegt ein Änderungsantrag A0135/04/1 der CDU-Fraktion vor.

Der Ausschuss FG lehnt die Beschlussfassung zum Antrag A0135/04 ab.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, begründet nochmals die Antragstellung. Er hält die vorliegende Stellungnahme S0261/04 für nicht zufriedenstellend. Die PDS-Fraktion trägt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper legt seine ablehnende Auffassung zum Antrag A0135/04 dar. Er geht dabei klarstellend auf das Verfahren der unterschiedlichen Verantwortungswahrnehmung Oberbürgermeister/Geschäftsführer/Aufsichtsrat ein.

Nach weiterer Diskussion geht der Vorsitzende der Fraktion Bü 90/Grüne Stadtrat Westphal auf die Pflichten der Aufsichtsräte zum Wohle der Gesellschaften und den daraus resultierenden Zwiespalt für die einzelnen Stadträte ein. Er begründet damit seine Ablehnung zum Antrag A0135/04 und zum Änderungsantrag A0135/04/1 der CDU-Fraktion.

8.2.1.	Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften in die Haushaltsvorbereitung einbeziehen	S0261/04
--------	--	----------

8.2.2. Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften in die Haushaltsvorbereitung einbeziehen A0135/04/1

8.5. Projekt "Lindwurm" A0171/04
Interfraktionell

Sadtrat Lischka, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0171/04 in den Ausschuss FG ein.

Der Vorsitzende der Fraktion future, Stadtrat Stage, spricht sich gegen den GO-Antrag des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion, aus, Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, für den GO-Antrag.

Der GO-Antrag des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion – Überweisung des Antrages A0171/04 in den Ausschuss FG – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen **abgelehnt**.

Im Anschluss geht der Oberbürgermeister Dr. Trümper auf die Genese zum Projekt „Lindwurm“ ein. Er stellt klar, dass er sich nicht bereit erklärt, in der derzeitigen Haushaltssituation der Stadt 10.000 € für das Projekt zur Verfügung zu stellen. Er lehnt den Antrag A0171/04 ab.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, begründet ebenfalls seine ablehnende Haltung zum geplanten Vorhaben.

Der Vorsitzende der Fraktion Bü 90/Grüne Stadtrat Westphal kann die Argumentationen des Oberbürgermeisters Dr. Trümper und des Stadtrates Veil, CDU-Fraktion, nicht nachvollziehen. Er bittet um Zustimmung zum Antrag A0171/04.

Vertreter der Fraktionen BfM/Tierschutz, future und PDS-Fraktion argumentieren nochmals für die Annahme des Antrages A0171/04.

Nach eingehende Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Antrag A0171/04 mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 265-6(IV)04

Das vom Stadtplanungsamt der Landeshauptstadt angeregte und im Auftrage desselben von der Künstlerin Frau Weinhold entwickelte und entworfene Spielobjekt „Lindwurm“ wird im Jahre 2005 an der geplanten Stelle auf einer Brücke über dem Magdeburger Ring realisiert.

Die dazu noch erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 10.000,- Euro sind aus dem Budget des Stadtplanungsamtes bereitzustellen.

Als Maßnahmebeginn gilt das Jahr 2004, in welchem die Planungsleistungen (Entwurf und Statik) erbracht wurden. Ein Geldfluss für die erbrachten Planungsleistungen erfolgt nicht. Der Planungswert in Höhe von ca. 15.000,- Euro gilt als unbare Sponsoring der Künstlerin.

8.6.	Gegen Naziaufmarsch in Magdeburg	A0176/04
	PDS-Fraktion	

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning begründet den Antrag A0176/04.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bü 90/Grüne, bringt einen Zusatzantrag ein.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, hält die Formulierung im Antrag A0176/04 „durchzusetzen“ für nicht machbar und empfiehlt eine diesbezügliche Änderung. (Auf Vorschlag des 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge erfolgt eine redaktionelle Änderung im Antrag A0176/04, die die PDS-Fraktion mitträgt. Das Wort „durchsetzen“ ist durch das Wort „anzustrengen“ zu ersetzen.)

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper stellt fest, dass er ein Verbot nicht durchsetzen kann, dies ist Aufgabe der Polizei. Er unterstützt alle anderen Aktivitäten in dieser Angelegenheit, aber er lehnt es grundsätzlich ab, Bürger zu einer Gegendemonstration am 15.01.2005 aufzurufen.

Stadtrat Rink, CDU-Fraktion, geht u.a. in seiner Stellungnahme auf die Bewahrung demokratischer Grundrechte und deren mögliche Einschränkung ein. Er empfiehlt ein Gegenwirken mit legalen Mitteln.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen jegliche Form von Extremismus im Besonderen aber gegen den Extremismus von Rechts aus. Magdeburg muss sich lebens- und liebenswert präsentieren.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning geht nochmals auf die Zielsetzung des Antrages A0176/04 ein und äußert sich kritisch zur Stellungnahme des Stadtrates Rink, CDU-Fraktion

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Ergänzungsantrag der Fraktion Bü 90/Grüne einstimmig:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beauftragt die Stadtverwaltung als Zeichen des friedlichen Protests gegen die Neonazi-Veranstaltung am 15. Januar 2005, auf einem duetlich

erkennbaren, großflächigen Transparent für alle – vor allem auch für die Medien – die ablehnende Haltung der Stadt plakativ zu verdeutlichen.

Das Transparent wird an einem städtischen oder privaten Gebäude auf der Marschroute der Rechten-Demo angebracht, falls diese nicht verboten werden sollte.

Gemäß Antrag A0176/04 der PDS-Fraktion unter Beachtung des Ergänzungsantrages der Fraktion Bü 90/Grüne **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 266-6(IV)04

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Verbot des für den 15. Januar 2005 geplanten Aufmarsches von Neonazis (Freie Kameradschaften etc.) in Magdeburg anzustreben.
2. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beauftragt die Stadtverwaltung als Zeichen des friedlichen Protests gegen die Neonazi-Veranstaltung am 15. Januar 2005, auf einem deutlich erkennbaren, großflächigen Transparent für alle – vor allem auch für die Medien – die ablehnende Haltung der Stadt plakativ zu verdeutlichen.
Das Transparent wird an einem städtischen oder privaten Gebäude auf der Marschroute der Rechten-Demo angebracht, falls diese nicht verboten werden sollte.

8.7.	Unterstützung der Demokratie und Bürgerrechte in der ukrainischen Hauptstadt Kiew	A0174/04
	Interfraktionell	

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bringt den interfraktionellen Antrag A0174/04 ein und begründet ihn umfassend.

Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, unterstützt den interfraktionellen Antrag A0174/04 und bittet um Zustimmung.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0174/04 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 267-6(IV)04

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg ist stolz darauf, dass in diesen Tagen in der ukrainischen Hauptstadt Kiew mit maßgeblicher Unterstützung der dortigen Bürgerschaft für Demokratie und Bürgerrechte gestritten wird. Magdeburg ist mit Kiew in der großen Tradition des Magdeburger Stadtrechts verbunden, das in Kiew zwischen 1494 und 1497 bezeugt ist.

Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister, der Stadt Kiew die Sympathien und die Solidarität der Landeshauptstadt Magdeburg in ihrem Ringen um Selbstbestimmung und Demokratisierung zu übermitteln. Erinnerungen an den Herbst 1989 in Magdeburg werden wach.

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.7 werden zur Kenntnis genommen.

Der 1. stellv. Vorsitzende Herr Ansorge bittet die Fraktionen, gemäß Beschlusslage 157-3(IV)04 am 13.09.2004 im Stadtrat zur Bildung eines „zeitweiligen Ausschusses“ zur Überprüfung der Stadträte auf Stasimitarbeit Mitglieder zu benennen.

9.1.	Kloster Unser Lieben Frauen - Sicherung Klosterkirche - Sachstand	I0299/04
------	--	----------

9.2.	Hartz IV - Steuerliche Behandlung der ARGE GmbH und der Stadt	I0329/04
------	---	----------

9.3.	Einführung von Jahrsbenutzungs- und Versäumnisgebühren in der Ausleihstelle Beyendorf/Sohlen ab Januar 2005	I0345/04
------	---	----------

9.4.	Bewerbungskonzept "Stadt der Wissenschaft 2006"	I0340/04
------	---	----------

9.5.	Information über die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln per 30.09.2004	I0325/04
------	--	----------

9.6.	Information über die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln per 31.10.2004	I0367/04
------	--	----------

9.7.	Teilnahme am Wettbewerb des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmannstiftung "Erfolgreiche Integration ist kein Zufall, Strategien kommunaler Integrationspolitik"	I0375/04
------	---	----------

Teil 2 - 7.(IV) Sitzung am 06.12.2004 ab 16.00 Uhr

6.13.	Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0831/04
-------	---	-----------

6.13.1.	Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff	DS0831/04/1
---------	---	-------------

6.13.2.	Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff	DS0831/04/2
---------	---	-------------

6.13.3.	Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff	DS0831/04/3
---------	---	-------------

12.1.	Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis 2008 BE: Bürgermeister	DS0768/04
-------	--	-----------

12.2.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005 BE: Bürgermeister	DS0639/04
-------	---	-----------

12.2.1.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/1
<hr/>		
12.2.2.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/2
<hr/>		
12.2.3.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/3
<hr/>		
12.2.4.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/4
<hr/>		
12.2.5.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/5
<hr/>		
12.2.6.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/6
<hr/>		
12.2.7.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/7
<hr/>		

12.2.8.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/8
<hr/>		
12.2.9.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	DS0639/04/9
<hr/>		
12.2.10.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0544/04
<hr/>		
12.2.11.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0545/04
<hr/>		
12.2.12.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0546/04
<hr/>		
12.2.13.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0547/04

12.2.14.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0548/04
12.2.15.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0549/04
12.2.16.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0550/04
12.2.17.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0551/04
12.2.18.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0552/04
12.2.19.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0553/04
12.2.20.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0554/04

12.2.21.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0555/04
<hr/>		
12.2.22.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0556/04
<hr/>		
12.2.23.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0557/04
<hr/>		
12.2.24.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0558/04
<hr/>		
12.2.25.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0560/04
<hr/>		
12.2.26.	Haushaltsplan 2005 - Haushaltssatzung 2005 - Finanzplan bis 2008 - Stellenplan 2005	0562/04

12.2.27. Haushaltsplan 2005 0563/04
- Haushaltssatzung 2005
- Finanzplan bis 2008
- Stellenplan 2005

12.2.28. Haushaltsplan 2005 0565/04
- Haushaltssatzung 2005
- Finanzplan bis 2008
- Stellenplan 2005

12.2.29. Haushaltsplan 2005 DS0639/04/9/1
- Haushaltssatzung 2005
- Finanzplan bis 2008
- Stellenplan 2005

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Falko Balzer
Vorsitzende/r

Silke Luther Andrea Behne
Dr. Anne Ignatuschtschenko
Schriftführer/in

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Frömert, Regina

Wübbenhorst, Beate

Zentgraf, Hans-Jürgen

Vorsitzende/r

Balzer, Falko

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Hildebrand, Jürgen Dr.

Altmann, Martin

Bischoff, Norbert

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Kilian, Thomas

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Ruden, Gerhard

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang
Schmidt, Kurt Dr.
Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Stage, Michael
Stern, Reinhard
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Zimmer, Gerd Dr.
Geschäftsführung
Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke